Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 17/0266
18.04.2012

17. Wahlperiode

0475

Antrag

der Piratenfraktion

Mieter schützen statt Investoren schonen - GSW-Privatisierungsverträge offenlegen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

1. Der Senat wird aufgefordert, alle vorliegenden Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden zum Verkauf der GSW im Jahr 2004 offenzulegen.
2. Weiterhin zu veröffentlichen sind die Ergebnisse der durch den Implementierungsausschuss vorgenommenen Kontrollarbeit zur Einhaltung der Verträge durch die GSW.
3. Alle Materialien sind der Öffentlichkeit maschinenlesbar und indexierbar vorzulegen.
4. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. Juni 2012 zu berichten.

Begründung:

Die Wohnungsbaugesellschaft GSW wurde 2004 mit einem Bestand von 65.080 Wohneinheiten zu einem Preis von 401 Millionen EUR vom Land Berlin an ein privates Bieterkonsortium verkauft. Mit der Privatisierung einher gingen Ankündigungen des damaligen rot-roten Senats, dass die ursprünglichen sozial- und wohnungspolitischen Ziele der GSW fortgeführt werden sollten. Insbesondere sollte preiswerter Wohnraum u. a. für kinderreiche Familien, Alleinerziehende, ältere Menschen, Schwerbehinderte und Menschen mit einem internationalen Hintergrund zur Verfügung gestellt werden. Zudem sollten Mieterinnen und Mieter beim Verkauf von Wohnungen bevorzugt werden (PM SenFin v. 25. 5. 2004).

Die von der Mietpreis- und verkaufspolitik der GSW betroffenen Mieterinnen und Mieter müssen die Möglichkeit erhalten, durch Einsichtnahme in das Vertragswerk in Erfahrung zu bringen, welche Vertragsbestandteile für sie relevant sind, um sich im Fall von Verstößen der

GSW gegen vertraglich vereinbarte Mieterschutzrechte zur Wehr setzen zu können. Nach Auffassung des Senats besteht für Mieterinnen und Mieter kein Anspruch auf Einsichtnahme in dass Vertragswerk nach dem Berliner Informationsfreiheitsgesetz (vgl. DS 17/10035). Diesem Zustand kann mit einer generellen Veröffentlichung begegnet werden.

Die Öffentlichkeit ist über die Arbeit des Implementierungsausschusses zu informieren, um sicherzustellen, dass seitens des Landes Berlin die mit der Privatisierung der GSW einhergegangenen Ankündigungen auch tatsächlich eingehalten wurden und werden und das Land tatsächlich im Sinne der Mieterinnen und Mieter agiert.

Berlin, den 17. April 2012

Delius Höfinghoff
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion